

Ökonomie der neuen Kriege

PETER LOCK

Allen neuen Kriegen ist gemeinsam, dass die jeweiligen Kriegswirtschaften in hohem Maße in die globale Waren- und Finanzzirkulation eingebunden sind. Die Frage, wie sich die Kontrahenten in solchen Konflikten wirtschaftlich reproduzieren, kann nur auf dem Hintergrund einer gewandelten Kriegsökonomie beantwortet werden. Mit dem Ende des Kalten Krieges haben sich die Rahmenbedingungen für die Parteien bewaffneter Konflikte – vor allem in der so genannten „Dritten Welt“ – grundlegend geändert. Die Polarisierung in Arm und Reich, gesellschaftliche Segmentierung, ein tief greifender sozialer Wandel und der Zerfall der staatlichen Ordnungsmacht haben dazu geführt, dass die Akteure der neuen Kriege auf andere und neue Formen der wirtschaftlichen Reproduktion zurückgreifen. Nicht mehr der reguläre Sektor der Weltwirtschaft allein ist maßgebend. Vielmehr bekommt der informelle und kriminelle Sektor ein hohes Gewicht für die logistische und wirtschaftliche Grundlage der Kriegführenden. Erfolgreiche Kriegsparteien müssen zunächst erfolgreiche „Unternehmer“ sein. Dies verlangt von den Akteuren, dass sie sowohl auf regulären als auch auf informellen und kriminellen Märkten Ressourcen anbieten und nachfragen. Wenn die Merkmale der Kriegsökonomien auch in Staaten, in denen kein Krieg oder militärischer Konflikt herrscht, zu konstatieren sind, so ist dies ein brisantes Indiz für den Gestaltwandel von Gewalt, der sich weit gehend unbeobachtet von der (Welt)Öffentlichkeit vornehmlich in weniger entwickelten Regionen vollzieht. Red.

POLIZEIBEAMTE BEWACHEN IN BOGOTA BESCHLAGNAHMTES DROGENGELD. DER HANDEL MIT ILLEGALEN DROGEN IST EIN BEISPIEL, WIE SICH IM SCHATTEN DER GLOBALISIERUNG WELTWEIT INFORMELLE UND KRIMINELLE SPHÄREN ENTWICKELN, DIE DURCH TAUSCHBEZIEHUNGEN UND TRANSAKTIONSNETZEN MIT DER REGULÄREN ÖKONOMIE IN VERBINDUNG STEHEN.

picture alliance / dpa



DER STELLENWERT DER FRAGESTELLUNG

Die verbreiteten Erwartungen, dass das Ende des Kalten Krieges zu einer neuen friedlicheren internationalen Ordnung führen und eine mächtige „Friedensdividende“¹ zur globalen Bekämpfung von Armut freisetzen würde, haben sich nicht erfüllt. Stattdessen setzten die Vereinigten Staaten auf eine Fortschreibung einseitiger absoluter militärischer Überlegenheit, während die meisten Staaten weniger für ihre Streitkräfte aufgewendet haben, weil entweder die Kassen leer waren oder aber bewusst eine Umsteuerung der Staatsausgaben betrieben wurde. Zugleich aber werden mit ermüdender Regelmäßigkeit scheinbar unverständlich brutal ausgetragene bewaffnete Konflikte² und daraus folgende humanitäre Schreckensbilder hautnah in den Medien präsentiert. Überwiegend handelt es sich dabei um innerstaatliche Konflikte, die auf niedrigem militärtechnischen Niveau ausgetragen werden. Die Sozialwissenschaften insgesamt, insbesondere aber die

Politikwissenschaft, taten sich sehr schwer, für diese letztlich unerwartete Entwicklung in der politischen Praxis belastbare Erklärungen anzubieten, die Strategien der Einhegung und Prävention anleiten können.

Der internationalen Diskussion weit voraussend hatten Francois Jean und Jean-Christophe Rufin bereits 1996 eine Sammlung von Fallstudien unter dem Titel „Ökonomie der Bürgerkriege“³ in Frankreich veröffentlicht, in dem die wirtschaftlichen Abläufe im Verlauf bewaffneter Konflikte untersucht wurden. Allen untersuchten Konflikten war gemeinsam, dass die jeweiligen „Kriegswirtschaften“ in hohem Maße von ihrer Einbindung in die globale Waren- und Finanzzirkulation abhängig waren, wenngleich auf unterschiedlichste Weise.

Etwa zur gleichen Zeit sah die Weltbank ihr uraltes eigenes Betätigungsfeld der Entwicklungsförderung zunehmend durch die zahlreichen bewaffneten Konflikte gefährdet. Sie setzte eine ganze Forschungsabteilung unter Leitung von Paul Collier⁴ darauf an, die Ursachen dieser

Konflikte zu erforschen. Damit rückte die enge Verknüpfung von Ökonomie und Krieg in den Mittelpunkt internationaler Debatten, die der Titel einer Veröffentlichung der Vereinten Nationen zugespielt auf den Punkt brachte: Gier oder sozialer Missstand (als Konfliktursache)?⁵ Ein zentraler, statistisch vergleichend ermittelter Befund Colliers, der große Beachtung fand, besagt, dass die Verfügbarkeit von weltmarkttauglichen Ressourcen deutlich die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass es in einem Land zu bewaffneten Konflikten kommt, während unter anderem die Hypothese ethnischer Diversivität als Ursache verworfen wurde.

„NEUE KRIEGE“ UND WIRTSCHAFTLICHE REPRODUKTION

1999 bzw. 2002 schließlich präsentierten Mary Kaldor⁶ und Herfried Münkler⁷ das Paradigma „neue Kriege“. Sie haben damit eine breite sozialwissenschaftliche Debatte ausgelöst. Ei-

nigkeit besteht lediglich darüber, dass die für Kriege als typisch erachteten Merkmale, die vor allem im 20. Jahrhundert zu einer Kodifizierung im Völkerrecht führten, ganz oder teilweise in den heutigen bewaffneten Konflikten fehlen. Das mühsam entwickelte Kriegsvölkerrecht wird von den Akteuren systematisch missachtet. Um diese Transformation kriegerischer Gewalt deutlich zu machen, spricht man von „neuen Kriegen“. Trotz aller Beredsamkeit der Debattenteilnehmer verrät jedoch die Kennzeichnung „neu“, dass über den genetischen Kode dieser Kriege bislang wenig gesicherte Erkenntnisse vorliegen. Er bleibt weiter eine der wichtigsten Herausforderungen für die sozialwissenschaftliche Forschung. Nicht zuletzt weil einige dieser sehr lange andauernden Konflikte offensichtlich fast schon zu einer besonderen Produktionsweise mutiert zu sein scheinen, kommt der Beantwortung der Frage große Bedeutung zu, wie sich die Kontrahenten in solchen Konflikten wirtschaftlich reproduzieren. Ohne genaue Kenntnis der Waren- und Geldzirkulation, die zu großen Teilen der globalen Schattenwirtschaft zuzurechnen ist, sind externe Interventionen und wohlmeinende Hilfsprogramme während und nach solchen Konflikten zum Scheitern verurteilt. Denn die Gefahr ist groß, dass die Hilfe in die bestehende Zirkulation integriert wird und die kriegs- und schattenwirtschaftlichen Machtkonstellationen stabilisiert werden und damit eine Transformation von Gesellschaft und Wirtschaft unterbleibt.

WANDEL VON KRIEGSÖKONOMIEN IM 20. JAHRHUNDERT

Um nun die Frage nach den Ökonomien „neuer Kriege“ zu beantworten, bedarf es zunächst einer knappen Skizze der Veränderungen von Kriegsökonomien im 20. Jahrhundert, um zu bestimmen, was denn das Neue an den wirtschaftlichen Abläufen im Kontext gegenwärtiger innergesellschaftlicher Kriege ist. Typisch für die meisten Kriegsökonomien des 20. Jahrhunderts war eine staatlich gelenkte Mobilisierung der Wirtschaft durch massive Forschungsanstrengungen, Intensivierung und Expansion der Produktion unter anderem vermittelt Berufstätigkeit von Frauen bis hin zu Zwangsarbeit. Die Eroberung und Inwertsetzung von zusätzlichen Wirtschaftsräumen war integraler Bestandteil kriegsökonomischer Strategien. Das wichtigste Steuerungsmittel war staatliche Nachfragesteigerung, weshalb man auch von „Kriegskeynesianismus“ spricht, der freilich durch mehr oder weniger massive zentralverwaltungswirtschaftliche Eingriffe ergänzt wurde. Die Außenwirtschaft unterlag vollständig staatlichen Kontrollen. Für die Jahre des Kalten Krieges galt, dass die meisten Parteien in bewaffneten Konflikten auf häufig massive materielle Unterstützung und Waffenlieferungen entweder vom Westen oder der Sowjetunion rechnen konnten. Das Kriegsgeschehen war weitgehend von diesen Ressourcenzuflüssen bestimmt und weniger von der Leistungsfähigkeit der betreffenden Volkswirtschaften, die häufig im Gefolge des Kriegsgeschehens stark zurückging. Da keine

Seite hegemoniale Einflussphären verlieren wollte, tendierten diese Konflikte dazu, über viele Jahre ohne Entscheidung oder Friedensschluss geführt zu werden. Lediglich im Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern hat dieser Konflikttypus das Ende des Kalten Krieges überlebt. In diesem Konflikt fahren beide Seiten seit Jahrzehnten unverändert eine wirtschaftlich bedeutsame „Kriegsrente“ in Form von nicht rückzahlungspflichtigen Zuflüssen verschiedenster Art ein. Die politischen Machtverhältnisse auf beiden Seiten gründen auf diesen politischen Renteneinkommen. Die Aufrechterhaltung andauernder Bedrohung garantiert jeweils die Fortsetzung externer Unterstützung. Da in diesem Falle der militärische Sieg einer Seite den Konflikt nicht beenden kann, ist eine bilaterale Beendigung dieser kriegerischen Auseinandersetzung nicht wahrscheinlich.

GEÄNDERTE RAHMENBEDINGUNGEN AM ENDE DES 20. JAHRHUNDERTS

Mit dem Ende des Kalten Krieges änderten sich die Rahmenbedingungen für die Parteien in bewaffneten Konflikten in der Dritten Welt grundlegend. Der hegemonialen Interessen geschuldete Zugang zu Waffen und anderen Ressourcen fand ein abruptes Ende. An die Stelle einer stillschweigenden Duldung systematischer Misswirtschaft aus strategischen Interessen in vielen Entwicklungsländern trat der so genannte „Washingtoner Konsens“, mit dem die wichtigsten Industrienationen eine rigorose Durchsetzung von Strukturanpassungsmaßnahmen vereinbarten. Die neoliberale Ideologie geschuldete Diagnose lautete, ausufernde Staatsapparate sowie große staatlich kontrollierte Wirtschaftssektoren und die damit einher gehende Korruption sind für die wirtschaftliche Misere vor allem in Afrika und Lateinamerika verantwortlich. Sie verhindern Wettbewerbsfähigkeit auf den internationalen Märkten, die als entscheidender Motor für Entwicklung ausgemacht wurde. Tatsächlich wurde mit den monetären Dauerschrauben des Internationalen Währungsfonds (IWF) und programmatischen Angeboten der Weltbank eine breite Tendenz der Öffnung von Märkten in Ländern der Dritten Welt eingeleitet. Mit den Erlösen der „erzwungenen“ Privatisierung von staatlichen Unternehmen konnte zudem der häufig bevorstehende Staatsbankrott abgewendet und wieder Schuldendienste geleistet werden. Die als korrupt diagnostizierten staatlichen Bürokratien wurden finanziell ausgetrocknet und stark reduziert. Militär und Polizei waren davon ebenso betroffen. International nicht wettbewerbsfähige Industrien mussten schließen. Subventionen wurden abgebaut, auch und gerade im Bereich der Grundversorgung der Bevölkerung, was in vielen Ländern zu massiven Protesten und Unruhen führte. Das als Ergebnis von Strukturanpassungsmaßnahmen erwartete hohe Wirtschaftswachstum stellte sich nicht ein. In den meisten Fällen wuchs die Arbeitslosigkeit. Der langfristige Trend zur Informalisierung der Wirtschaft bei gleichzeitig rasanter Urbanisierung beschleunigte sich. Allein in den letzten



zehn Jahren ist die urbane Bevölkerung in der Dritten Welt um 36 Prozent gewachsen. Die Internationale Arbeitsorganisation (International Labour Organization/ILO) schätzt, dass etwa vier Milliarden Menschen dem informellen Sektor zuzurechnen sind. Die Zahl der in Slums lebenden Menschen hat eine Milliarde überschritten. Sie wird nach Schätzungen der Vereinten Nationen auf zwei Milliarden bis 2030 anwachsen.⁸ Man kann diese Entwicklung als Urbanisierung der Armut bezeichnen. In vielen Ländern sichern die Rücküberweisungen legaler und illegaler Arbeitsmigranten den Lebensunterhalt großer Teile der verarmten Bevölkerung. Sie sind dort inzwischen der größte Posten in der Außenwirtschaftsbilanz und übertreffen das Volumen ausländischer Investitionen und Entwicklungshilfe deutlich. Die Strukturanpassungsprogramme haben den Migrationsdruck weiter erhöht. Daran wird sich schon allein aufgrund der Altersstruktur nichts ändern, denn zumeist ist über die Hälfte der Bevölkerung unter 25 Jahre alt. Die Mehrheit dieser Generation wird ohne Chance auf einen regulären Arbeitsplatz ihr Leben organisieren müssen. Sie träumen zwangsläufig von Migration in die medial allzeit präsente Welt des Massenkonsums in Industrieländern.

POLARISIERUNG IN ARM UND REICH

Diese globale Entwicklung schlägt sich in einer beschleunigten Polarisierung der Einkommen zwischen den westlichen Industrienationen und weiten Teilen der Dritten Welt nieder. Dieser Prozess verdoppelt sich jeweils innergesellschaftlich. Das Ergebnis ist eine sich weltweit vertiefende gesellschaftliche Segmentierung in Arm und Reich. Sie führt zu einem tief greifenden Wandel sozialer Strukturen, der sich seit dem Ende der weltweiten systemischen Kon-



KINDER UND JUNGE MÄNNER BETRACHTEN DAS ANGEBOT AN AUTOMATISCHEN WAFFEN AUF EINEM MARKT IN MOGADISCHU, DEM GRÖSSTEN WAFFENMARKT IN AFRIKA. DA DIE WARLORDS MITTLERWEILE WAFFEN MIT GROSSER REICHWEITE BEVORZUGEN, IST EINE AK 47 BEREITS FÜR 200 US-DOLLAR ZU HABEN. DIE LOGISTIK DER NEUEN KRIEGE IST AUF INTERNATIONALE WARENSTRÖME, ZUM BEISPIEL MUNITION UND WAFFEN, ANGEWIESEN.

picture alliance / dpa

Ökonomie der neuen Kriege

Konflikten nahezu zwangsläufig auf die gleichen Methoden zurückgreifen, mit denen sich Warlords typischerweise reproduzieren. Die Bühne, auf der Parteien bewaffneter Konflikte um des Überleben willens eine Rolle finden müssen, ist die Weltwirtschaft.

DREI SEKTOREN DER WELTWIRTSCHAFT

Die Lebenssphären der Hälfte der Weltgesellschaft sind von Unsicherheit gekennzeichnet. Sie sind weder Teil der regulären Weltwirtschaft noch haben sie angemessenen Zugang zu öffentlichen Gütern. Dieser Zustand reflektiert einen tiefgreifenden sozialen Wandel in der Weltgesellschaft. Er wird bei Fortschreibung der gegenwärtigen Rahmenbedingungen seinen Höhepunkt erst in zwei oder drei Jahrzehnten erreichen. Diese schattenökonomisch geprägten Lebensräume liegen weitgehend außerhalb der Reichweite staatlicher Ordnungsmacht und entwickeln ihre eigenen Gewaltordnungen. Sie fungieren als dynamische globale Netzwerke und sind damit auch Teil unserer Lebenswirklichkeit. Das breite, alle regulären Preise unterbietende Angebot von informellen Dienstleistungen und illegalen Transfers ist längst selbstverständlicher Teil unseres Alltags und erhöht unseren Lebensstandard. Im Schatten neoliberaler Regulierung der Weltwirtschaft, der Öffnung von Märkten und monetärer Deregulierung haben sich viele rasch wachsende, außerordentlich flexible ökonomische Sphären entfaltet, die man aufgrund ihrer Reichweiten als Schatten-globalisierung bezeichnen kann. Sie ist omnipräsent, aber von permanenten Tauschbeziehungen mit der regulären Ökonomie abhängig. Augenfällig wird dies am Beispiel der Transaktionsketten im Handel mit illegalen Drogen. Bei der Herausbildung dieser Strukturen spielten zunächst Drogen eine Schrittmacherrolle. Inzwischen gibt es kaum mehr ein volkswirtschaftliches Segment, in das keine schattenökonomischen Waren- und Dienstleistungsströme reichen.

Mit einem vereinfachten heuristischen Modell der Weltwirtschaft lassen sich diese komplexen globalen Interaktionen beleuchten, die auch Kriegsökonomien mit unseren individuellen Lebenssphären verbinden. Dieses Modell geht von drei asymmetrisch interagierenden Sphären aus, die sich in unterschiedlichen Mengenverhältnissen in allen Volkswirtschaften identifizieren lassen. Die diffuse Ausbreitung von Gewaltstrukturen und das Auftreten von bewaffneten Konflikten in der gegenwärtigen Phase der Globalisierung wird so nachvollziehbar. Vor allem werden so die Lebenswelten der ausgeschlossenen Hälfte der Weltgesellschaft jenseits von Staatlichkeit und neoliberalen Wachstumsapologien in die Analyse einbezogen.

DIE REGULÄRE SPHÄRE GLOBALER ÖKONOMIE

Die reguläre Sphäre der globalen Ökonomie ist durch rechtliche Ordnungen gekennzeichnet, die Transaktionen für alle Marktteilnehmer berechenbar machen. Es besteht ein Sozialkontrakt aufgrund dessen Steuern zur Reproduk-

kurrenz zwischen West und Ost beschleunigt und die Transformationsländer einschließt. Die gesellschaftliche Kohäsion, die sich idealtypisch in einem Sozialkontrakt manifestiert, der sich in der Ausbildung von Staatlichkeit, der Organisation öffentlicher Güter, darunter insbesondere Sicherheit, niederschlägt, zerfällt in diesem Prozess. Ersatzweise gewinnen sehr unterschiedliche substaatliche Bezugsgruppen an (über-)lebensstrategischer Bedeutung, die in Abgrenzung zu anderen scharfe ideologische Profile ihrer Identität entwickeln.

Die weltweiten Waren-, Dienstleistungs- und Finanzströme beschleunigen sich und sind durch eine Gleichzeitigkeit von Globalisierung und Schattenglobalisierung und deren oft symbiotische Verknüpfung gekennzeichnet. Die Öffnung von Märkten bedingt gleichzeitig, dass landwirtschaftliche Produktion immer stärker auf globale Märkte ausgerichtet wird. Damit wird sozialer Wandel in ländlichen Räumen beschleunigt, kleinbäuerlich diversifizierte Produktionsweisen verschwinden. Die bislang in wirtschaftlichen Krisen Überleben sichernde Elastizität kleinbäuerlicher Lebenswelten geht unwiederbringlich verloren.

ÖKONOMISCHE VORAUSSETZUNGEN KRIEGERISCHER GEWALT

Kriegsökonomien, d.h. wirtschaftliche Strategien zur Sicherung der für bewaffnete Kampfhandlungen notwendigen Ressourcen, müssen sich in dem hier skizzierten sich dynamisch verändernden globalen Umfeld als leistungsfähig erweisen. Das gilt sowohl für die staatliche Seite als auch für die nicht-staatliche Seite in Konflikten. Kriegerische Gewalt, ganz gleich mit welcher Motivation, kann sich nur dann entfalten, wenn die Akteure die ökonomischen Voraussetzungen verlässlich schaffen können.

Eine Kriegspartei kann nur dann erfolgreich sein, wenn ihre militärischen Handlungen mit den wirtschaftlichen Reproduktionserfordernissen der Akteure vereinbar sind.

Man kann diese Anforderung so formulieren: Ein General muss ein erfolgreicher Unternehmer sein, um ein erfolgreicher General zu sein. Denn Kriegsökonomien sind komplexe Konstrukte, die den Akteuren abverlangen, sowohl souverän illegale Geschäfte in der Sphäre der Schattenglobalisierung abzuwickeln als auch auf regulären Märkten zu agieren. Allein die Logistik militärischer Operationen, auch solchen auf niedrigem Niveau, ist auf internationale Warenströme, zum Beispiel Munition, angewiesen. Verlässlichkeit und Vertragssicherheit sind dabei unerlässlich. Dies erfordert zuverlässige soziale Kontrolle aller an der Generierung von Ressourcen und den Transaktionen Beteiligten. Die Instrumentalisierung von Identitätsideologien, die sich typischerweise im Verlauf von Konflikten radikalieren, ist ein wirkungsvolles und zugleich wirtschaftliches Mittel sozialer Kontrolle. Der „General-Unternehmer“ als Führer einer Konfliktpartei muss sich daher auch als Agitator bewähren, denn soziale Kontrolle allein auf Basis klientelistischer Korruption führt rasch zur Erschöpfung der verfügbaren Ressourcen.

Auch wenn diese typologische Skizze eher das Profil eines Warlords, eines territorialen Kriegsherrn, beschreibt, so ist der Handlungsrahmen der wie auch immer verfassten politischen Führung in geschwächten oder weitgehend gescheiterten und meist extrem armen Staaten sehr ähnlich. Meist sind es solche Länder, in denen gegenwärtig bewaffnete Konflikte ausgetragen werden. Informalisierung und Kriminalisierung der Wirtschaft haben dort der Staatlichkeit längst die reproduktiven Grundlagen entzogen. Daher muss die Führung der staatlichen Partei in bewaffneten

tion von Staatlichkeit gezahlt werden. Allerdings nimmt die Steuerleistung als Folge weltweiter Standortkonkurrenz teilweise stark ab. Die Wachstumsraten der regulären Ökonomien halten global nicht Schritt mit dem Wachstum der Weltbevölkerung im erwerbsfähigen Alter und der sich daraus ergebenden zusätzlichen Nachfrage nach Arbeit. Gleichwohl findet mit den Ausgeschlossenen ein massiver, jedoch ungleicher Tausch statt, am sichtbarsten mit illegalen Dienstleistungen. Die inzwischen allgemeine Akzeptanz dieser Schwarzarbeit, bei der illegale Migrantinnen eine große, stetig wachsende Rolle spielen, hebt den Wohlstand in der regulären Sphäre. Alle regulären Ökonomien sind an ihren Rändern weit offen für Korruption und profitable, aber wirtschaftskriminelle Transaktionen.

DIE INFORMELLEN SPHÄREN

In den informellen Sphären der Wirtschaft gelten rechtsstaatliche Regeln nur sehr begrenzt; die Versorgung mit öffentlichen Gütern, darunter Sicherheit, erfolgt unzureichend bis überhaupt nicht. Akteure, die unkontrolliert Gewalt anwenden und so mit einiger Glaubwürdigkeit drohen können, konkurrieren mit rudimentären Ansätzen kommunitärer Selbstorganisation, um das lokale bzw. territoriale Gewaltmonopol. Die Bildung und Verstärkung von Identitätsgruppen (Klan, Herkunftsort, Religion bzw. Sekten, Ethnie, Jugendbanden u.a.m.) als Überlebensressource transformieren die informellen Sphären zu einem Konglomerat von oft hermetisch voneinander abgeschotteten sozialen Zellen. Die Beteiligung an der Reproduktion von Staatlichkeit durch Zahlung von Steuern ist denkbar gering. Entsprechend ist weltweit die Bevölkerungsmehrheit völlig unzureichend mit öffentlichen Gütern, wie Schulen, Gesundheit und Infrastrukturen, versorgt. Denn es gilt, ohne Steuern kein Staat und ohne Staat keine öffentlichen Güter. Außerhalb der Reichweite von Rechtsstaatlichkeit angesiedelt, sind diese Menschen sogar permanent gefährdet, von gewaltkriminellen Akteuren kontrolliert und ausgebeutet zu werden.

KRIMINELLE SPHÄREN ALS PARASITÄRE GEBILDE

Die Akteure krimineller wirtschaftlicher Betätigung schließlich haben sich im Windschatten von Marktöffnung und Globalisierung expandierende, global vernetzte Zirkulations-sphären geschaffen. Anstelle rechtsstaatlicher Regelungen bilden latente und manifeste Gewaltverhältnisse die Geschäftsgrundlage. Steuern zur Reproduktion des Staates werden nicht gezahlt. Bei der kriminellen Sphäre handelt es sich um ein parasitäres Gebilde, das informelle Lebenswelten ausbeutet und auf Tausch mit der regulären Ökonomie angewiesen ist. Kriminelle Akteure agieren zugleich in den informellen und regulären Sphären der Weltwirtschaft. Dies macht eine eindeutige definitorische Abgrenzung nicht immer leicht. Dennoch wird das globale „BKP“ (Bruttokriminalprodukt) grob auf inzwischen jährlich 1.500

Milliarden US-Dollar geschätzt, wovon knapp die Hälfte auf Drogengeschäfte entfällt.

Aus der Perspektive nationaler Volkswirtschaften betrachtet, sind diese drei Sphären jeweils in eigenständige globale Zirkulationsprozesse integriert. Dabei bilden informelle und kriminelle Ökonomien insofern den logischen Schatten der gegenwärtig die Globalisierung prägenden neoliberalen Regulationsdoktrin als sie die ausgeschlossene Hälfte der Weltgesellschaft repräsentieren. Die dynamische Transnationalität informeller und krimineller Netzwerke, allen voran der Drogenökonomie, entzieht sich notwendig statistischer Erfassung und bleibt deshalb in Analysen der Weltwirtschaft weitgehend ausgeblendet. Bis zu den Terroranschlägen in den USA hat man über alles hinweggesehen, was die scheinbar heile Welt der vorherrschenden neoliberalen Regulationsideologie stören könnte. Das hat sich geändert, seit man erkannt hat, dass die Netzwerke der Schattenglobalisierung zugleich als Operationsraum von Terrorgruppen fungieren.

Keine Gesellschaft ist von dem Nebeneinander und der gleichzeitigen Verschränkung staatlich regulierter, rechtlich geordneter Weltwirtschaft und schattenwirtschaftlichen transnationalen Lebenswelten ausgenommen. Migration dient als Hefe dieser Lebenswelten. Legale und illegale Migration verdichten und erweitern die jeweiligen Operationsräume von Netzwerken. Das Humankapital dieser Netzwerke ist Vertrauen aufgrund von Gruppenidentitäten. Es schafft kostengünstig die operativen Voraussetzungen für illegale Transaktionen.

KRIEGSÖKONOMIEN IN DER WELTWIRTSCHAFT

In dem beschriebenen weltwirtschaftlichen Umfeld ist es auch für nicht-staatliche Akteure in bewaffneten Konflikten als Anbieter von möglicherweise geraubten Waren und Dienstleistungen, als Erpresser von illegalen Steuern oder als Anbieter krimineller Dienstleistungen möglich, einerseits die notwendigen Devisen zu erwirtschaften, um auf den internationalen Schwarzmärkten die Versorgung mit dem benötigten Kriegsgerät sicherzustellen und andererseits auch eine individuelle Bereicherung der Führungsclique auf Auslandskonten zu ermöglichen. Voraussetzung ist die verlässliche Kontrolle eines zugänglichen Territoriums. Sieht man einmal von der Nachfrage nach Waffen ab, unterscheiden sich Kriegsakteure nicht von anderen Teilnehmern an der dynamischen schattenökonomischen Waren- und Geldzirkulation, die keine territorialen Grenzen kennt. Embargoversuche der Vereinten Nationen oder die Maßnahmen zur Bekämpfung des Drogenkonsums auf der Angebotsseite können lediglich die Risiken illegaler Ströme und damit aber auch Preise und Gewinnmargen erhöhen. Aber das Ziel einer Unterbindung ist angesichts der Dynamik der Schattenglobalisierung als Ausdruck geschwächter oder gänzlich fehlender Reichweite staatlicher Ordnungsfunktionen unrealistisch. Die Anstrengungen in den Neunzigerjahren, die UNITA in Angola wirtschaftlich zu isolieren, hatten zur Folge, dass sich das Netz profitabler illegaler Diamantenvermarktung auf zahlreiche afrikanische Staaten ausdehnte,

deren Staatsoberhäupter die kriegsökonomischen Bereicherungschancen wahrnahmen und als Fehler bei Diamantenverkäufen und Waffenlieferungen fungierten.

Die Möglichkeit, einen bewaffneten Konflikt auszutragen, hängt vom Zugang zu marktfähigen Ressourcen und der Möglichkeit der Aneignung finanzieller Ressourcen auf legalem Wege oder mit kriminellen Mitteln ab. Dies gilt sowohl für staatliche als auch für nicht-staatliche Konfliktparteien. In der Literatur zu den Ökonomien der bewaffneten Konflikte der Gegenwart richtet sich das Augenmerk vor allem auf die nicht-staatliche Seite, die mangels völkerrechtlicher Anerkennung per definitionem illegal, d.h. schattenökonomisch agieren muss.

WICHTIGE REPRODUKTIONSQUELLEN

Als wichtigste Quellen der Reproduktion werden die Produktion und Vermarktung von Rohstoffen, wie Diamanten, Coltan, Edelhölzer, Edelsteine und andere mehr genannt. Gemeinsames Merkmal dieser Güter ist, dass ihre Produktion im Wesentlichen durch wenig qualifizierte Arbeitskräfte bewerkstelligt und der Export gewährleistet werden kann. Kapitalintensive Produktionsanlagen sind in bewaffneten Konflikten schwer zu schützen und würden bei geringer Luftüberlegenheit bei der ersten Gelegenheit zerstört werden. Finanzielle Flüsse unterschiedlicher Art spielen ebenfalls eine große Rolle, in erster Linie freiwillige, gelegentlich aber auch erzwungene Zahlungen der Diaspora und gelegentlich von Nachbarstaaten, die ein Interesse entweder an Destabilisierung oder aber am Zugriff auf ausbeutbare Ressourcen haben. Gemeinhin unterschätzt wird der Umfang, in dem humanitäre Hilfe in Konfliktregionen von Kriegsakteuren in Mittel zur Alimentierung des bewaffneten Kampfes transformiert wird. Schließlich eröffnet die manchmal auch grenzüberschreitende territoriale Kontrolle den Kriegsparteien umfangreiche Einkommen durch Schmuggel, Menschenhandel, Kontrolle des Drogenhandels und Organisation illegaler Migration. Insgesamt besteht die wirtschaftliche Zirkulation vorwiegend aus asymmetrischen Tauschbeziehungen, bei denen nicht der Markt, sondern die nachhaltige Drohung des „General-Unternehmers“ mit Gewalt die Wertrelationen determiniert.

In der Literatur wird selten darauf verwiesen, dass die staatliche Seite in den neuen Kriegen in der Regel geschwächt ist und im Verlauf des Konfliktes weitgehend ihre je bescheidene Steuerbasis verliert. Mangels anderer Möglichkeiten muss sie auf die gleichen Verfahren zur Generierung der benötigten Ressourcen setzen wie die nicht-staatlichen Akteure. Sie hat wegen ihres völkerrechtlichen Status dabei in der Regel größere Möglichkeiten. So haben Regierungen in Afrika private Militärunternehmen in ihre Dienste gestellt und als Zahlung unter anderem Lizenzen zur Ausbeutung von mineralischen Rohstoffen erteilt.

PRIVATISIERUNG VON SICHERHEIT

Eine weiteres Element in der Gleichung bewaffneter Konflikte sind Unternehmen, zumeist



IM RÜCKSPIEGEL EINES FAHRZEUGES WERDEN IN GUATEMALA STADT EIN POLIZIST MIT ABSPERRBAND UND EINE ZUGEDECKTE LEICHE REFLEKTIERT. NACH ANGABEN DER POLIZEI OPERIEREN DERZEIT ETWA 435 GANGS IN GUATEMALA, DENEN RUND 80.000 JUGENDLICHE ANGEHÖREN. DIE GEWALTBEDINGTEN TODESRATEN SIND MIT DENEN BEWAFFNETER KONFLIKTE VERGLEICHBAR UND MITHIN EIN INDIZ FÜR DIE DIFFUSION VON GEWALT.

picture alliance / dpa

große internationale Konzerne, die ihre Produktionsanlagen durch private Militärunternehmen schützen lassen oder aber das nicht oder schlecht bezahlte Militär zum Schutz ihrer Anlagen informell in Sold nehmen. So entstehen politisch nicht legitimierte Sicherheitsexklaven zum Beispiel auf Ölfeldern, entlang von Erdölleitungen oder um Bergbaubetriebe. Es ist eine Reaktion auf staatliches Versagen, Sicherheit zu gewährleisten, die ihrerseits die Auflösung von Staatlichkeit befördert, weil sie eine wichtige wirtschaftliche Aktivität faktisch deterritorialisert und aus dem nationalen gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang herauslöst. Dies erschwert die spätere Rekonstruktion eines leistungsfähigen Staates.

Die Leistungsfähigkeit von Staatlichkeit als notwendiger Rahmen demokratischer Rechtsstaatlichkeit wird durch das jeweilige Mischungsverhältnis regulärer, informeller und krimineller Sphären der Ökonomie bestimmt. Das jeweilige Mischungsverhältnis bestimmt die soziale Topographie und die Organisationsform von individueller und kollektiver Sicherheit der jeweiligen Gesellschaften. Ein niedriger Anteil des Staates am wirtschaftlichen Aufkommen und damit schwache Ausprägung staatlicher Leistungen und gesellschaftliche Polarisierung schlagen sich weltweit in aufwändiger Kommodifizierung von Sicherheit, Substitution öffentlicher Sicherheit durch private Dienstleistungen und extremer sozialräumlicher gesellschaftlicher Segmentierung nieder. All dies manifestiert sich in der universellen Ausbreitung von „Gated Communities“. Das öffentliche Gut Sicherheit wird zur Ware bzw. zu privatwirtschaftlicher Dienstleistung, die sich viele nicht leisten können. Daher bedeutet Armut immer auch verstärkte Unsicherheit.

Kompensatorisch zum weltweiten Imperativ der Reduktion von Staatstätigkeit als Folge der herrschenden Regulationsdoktrin hat sich die private Sicherheitsindustrie zu einer boomenden Branche entwickelt, die selbst ständig po-

litisch mit dem Ziel agiert, ihre Märkte auszuweiten, indem sie Kriminalitätsängste schürt. Aber es gilt dabei zu bedenken, dass die in dieser Branche erbrachten wirtschaftlichen Leistungen nicht zur primären Wohlfahrt der Gesellschaft beitragen. Sie sind ungleich, d.h. einkommensabhängig verteilt, und markieren die Abwesenheit von gesellschaftlicher Kohäsion. Es handelt sich um hohe wohlfahrtsmindernde gesellschaftliche Transaktionskosten. Dies gilt auch für die staatlichen Aufwendungen für Sicherheit, wenn die Leistungen ausschließlich zugunsten sozialer Eliten erbracht werden. Dieser Rückzug des Staates schafft Operationsräume für kriminelle territoriale Gewaltmonopolisten und befördert so die Schaffung von Räumen, in denen sich die Schattenökonomie dynamisch entwickeln kann.

DIFFUSION BEWAFFNETER KONFLIKTE?

Prüft man nun, ob sich die als typisch kriegsökonomisch diagnostizierten Merkmale auch dort beobachten lassen, wo sich nach herrschender Lesart kein bewaffneter Konflikt ereignet, so finden sich zahlreiche Länder, die viele als kriegsökonomisch identifizierte Merkmale aufweisen. Dazu zählen so bedeutende Länder wie Nigeria, Pakistan, Indonesien, Kenia und andere mehr. Riesige Schattenökonomie, Korruption und illegitime Gewalt als Mittel der Regulation wirtschaftlicher Abläufe sind dort augenfällig. Die Erhebungen der Weltgesundheitsorganisation⁹ über die Zahlen gewaltbedingter Todesfälle verweisen darauf, dass in diesen und zahlreichen anderen Ländern die gewaltbedingten Todesraten ähnlich hoch oder sogar höher als in Kriegsregionen sind. Selbst in Kolumbien ist nur der kleinere Teil gewaltbedingter Todesfälle dem bewaffneten Konflikt zwischen Regierung, einschließlich paramilitärischen Formationen und zwei Guerillagruppen zuzurechnen.

Die weltweite Ausbreitung und das Volumen der Schattenglobalisierung leisten es problemlos, die ökonomischen Bedarfe von Kriegsakteuren allerorten in die bestehenden weltweiten illegalen Waren- und Finanzströme zu assimilieren. Dies gilt auch für die an sich streng überwachte, auf wenige Länder beschränkte Fertigung und den Export von Kriegswaffen, zumal der Schwarzmarkt auf große überschüssige Altbestände in Ländern mit schwachen staatlichen Kontrollen und die Zusammenarbeit mit korrupten Regierungen in schwachen Staaten zurückgreifen kann. In der politischen Praxis bedeutet dies, dass die Hoffnungen nicht sehr realistisch sind, allein durch Embargomaßnahmen, die in der regulären Ökonomie verlässlich überwacht werden können, bewaffnete Konflikte austrocknen zu können.

Es drängt sich daher die Frage auf, ob die Dichotomie Krieg bzw. bewaffneter Konflikt¹⁰ versus Abwesenheit eines bewaffneten Konfliktes nach wie vor eine sinnvolle Unterscheidung ist, wenn das erkenntnisleitende Interesse menschliche Sicherheit für alle Menschen ist. Aus Zentralamerika wird übereinstimmend berichtet, dass die gewaltbedingten Todesraten nach Beendigung der bewaffneten Konflikte gleich geblieben oder sogar angestiegen sind. Die entsprechenden Raten in und um Megastädte wie Rio de Janeiro, Sao Paulo, Mexiko City, Johannesburg, Durban, Mumbai und viele andere mehr sind mit bewaffneten Konflikten vergleichbar. Allein aufgrund der Daten der Weltgesundheitsbehörde zu den gewaltbedingten Todesraten muss man die Hypothese verwerfen, dass ausschließlich Kriege hohe Raten verursachen. In ähnliche Richtung zielt auch eine Forschungsnotiz der Weltbank, die lokale Konflikte in Indonesien zum Gegenstand hat.¹¹ Sie nimmt die über das ganze Land verbreitete hohe und gewalttätige Konfliktivität zum Anlass, die Frage zu stellen, ob die Forschungen unter Leitung von Collier (s.o.) über die „Kon-

fliktfalle“, deren Ausgangspunkt die dichotomische Unterscheidung von bewaffnetem Konflikt und „Frieden“ war, nicht dringend ergänzt werden müssten. Es wird vorgeschlagen, vergleichende Studien über weltweit zu beobachtende niedrigschwellige lokale gewalttätigen Konflikte anzustellen. Denn diese Konflikte werden zunehmend ebenso wie bewaffnete Konflikte als massive Störung des zentralen Geschäftsfeldes der Weltbank, der Entwicklungsförderung, wahrgenommen. Menschliche Sicherheit wird möglicherweise durch diese gewalttätigen Konflikte in weit größerem Maße gefährdet, als dies im Rampenlicht der internationalen Aufmerksamkeit stehende Kriege tun.

WIE IST DIE DIFFUSION VON GEWALT ZU ERKLÄREN?

Es bieten sich verschiedene Hypothesen zur Erklärung dieser beobachteten breiten Diffusion von Gewalt an. Einerseits könnte ein Zusammenhang zwischen der offensichtlichen Diffusion von Gewalt und Regulierungserfordernissen in der Sphäre der Schattenglobalisierung bestehen, die implodierte Staatlichkeit und Verlust des staatlichen Monopols legitimer Gewalt anzeigt. Andererseits gibt es Untersuchungen zu den Gewaltformen auf lokaler Ebene, die eher soziale Anomie in den Zonen weltweiter Armutspartheid als Ursache für die hohe Gewalttätigkeit vermuten.

Der „General-Unternehmer“ oder Warlord geht in der Regel mit der Ressource Gewalt zur Regulierung seiner Kriegsökonomie sparsam um, um zu vermeiden, dass die sensiblen Tauschsphären, die ihn mit dem Weltmarkt verbinden, in das Fadenkreuz staatlicher Aufmerksamkeit geraten. Gleiches gilt für die organisierte Kriminalität allgemein. Allerdings trifft auch zu, dass unkontrollierte Eskalation von Gewalt geradezu typisch für niedrigschwellige militärische Konfrontationen ist. Das Konfliktgeschehen verselbstständigt sich regelmäßig und ist dann nicht mehr in politische oder wirtschaftliche Zielsetzungen der Konfliktakteure eingebunden. Das ist unter anderem auf die Rahmenbedingungen in den meist wirtschaftlich unterentwickelten Kriegsgebieten zurückzuführen. Ideologische Radikalisierung und Kindersoldaten kompensieren den Mangel an leistungsfähigen Waffen und ausgebildeten Soldaten.

Ebenso sind Gewalthandlungen in den schattenökonomisch strukturierten Zonen nicht notwendig der Durchsetzung ökonomischer Ziele geschuldet. Angesichts der Perspektivlosigkeit, mit der junge Menschen in weiten Teilen der Dritten Welt leben müssen, verlieren soziale Normen und bestehende informelle Autoritäten an verhaltenssteuernder Wirkung. Nichtigte Konflikte eskalieren in Gewalt und münden zum Beispiel in nächtliche Schießereien zwischen jungen Männern typischerweise an Wochenenden, die man in den Armenvierteln brasilianischer Metropolen registriert hat. Es sind Manifestationen situativer Gewalt, die den Verlust sozialer Kontrolle durch akzeptierte Normen anzeigen.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die hier angestellten Überlegungen zur Ökonomie neuer Kriege verweisen auf eine enge Verschränkung der militärischen Parameter bewaffneter Konflikte mit den jeweiligen wirtschaftlichen Reproduktionsbedingungen, denen die Akteure unterliegen und die die Parameter ihrer militärischen Operationen bestimmen. Dennoch sind die externen Einflussmöglichkeiten auf bewaffnete Konflikte vermittels wirtschaftlicher Sanktionen begrenzt, da die kriegswirtschaftlichen Ressourcen überwiegend in schattenwirtschaftlichen Sphären erwirtschaftet werden, die sich ungeachtet bestehender Grenzen durch hohe Flexibilität und logistische Leistungsfähigkeit auszeichnen. Außerdem gibt es viele Indizien dafür, dass sich sozialstrukturell bedingt gegenwärtig ein tief greifender Formenwandel des Einsatzes von Gewalt zur Durchsetzung politischer und wirtschaftlicher Ziele vollzieht. Zunächst fällt auf, dass bewaffnete Konflikte, die in der öffentlichen Wahrnehmung als Kriege geführt werden, überwiegend auf wenig entwickelte Länder beschränkt sind. Das könnte damit zusammenhängen, dass moderne, hochgradig arbeitsteilige Lebensformen, die sich in Urbanisierung und Industrialisierung der Landwirtschaft niederschlagen, gegenüber Störungen der wirtschaftlichen Infrastruktur und damit der Sicherung der Basisversorgung extrem anfällig geworden sind. Ländliche Räume haben mit der Ausrichtung auf internationale Märkte ihre Kapazität als sichere Rückzugsräume, in denen die Bevölkerung im Krisenfall überleben kann, verloren. In ihren bisherigen Erscheinungsformen lösen Kriege daher in kürzester Zeit absolute humanitäre Katastrophen aus, die nicht mehr beherrschbar sind. Das gilt für moderne Industriestaaten ebenso wie für die meisten Regionen der Dritten Welt, deren Megastädte mit ihren riesigen Armutsgürteln sich bei gestörter Warenzirkulation in kurzer Zeit in Infernen verwandeln.

Daraus leitet sich die These ab, dass Kriege nur noch in Regionen führbar sind, in denen die Modernisierung noch nicht sehr weit fortgeschritten ist und die Gesellschaften sich noch durch eine hohe Überlebenselastizität aus-

zeichnen. Allerdings können auch die Leistungen der humanitären Industrie Kriegführung ohne den völligen Exodus der Bevölkerung ermöglichen. Im Falle des Krieges im Irak zum Beispiel hat das Programm „Öl-für-Nahrungsmittel“ der Vereinten Nationen durch mehrwöchige Vorabverteilung der Lebensmittelrationen an die Bevölkerung diesen kurzen Krieg ohne Exodus der Bevölkerung ermöglicht.¹² Dieser Sachverhalt bedeutet jedoch keineswegs, dass Gewalt zur Durchsetzung politischer und wirtschaftlicher Ziele abnimmt. Vielmehr nimmt solche Gewalt zunehmend diffusere Gestalten an und lässt sich nicht mehr als Krieg beschreiben. Die Rolle der Gewalt bei der Schattenglobalisierung bildet den einen Pol dieser Diffusion. Der andere wird von innovativen Doktrinen gebildet, die unter dem Arbeitstitel „Militärische Operation anders als Krieg“¹³ vor allem in den USA entwickelt werden und sich in der überproportionalen Ausweitung von besonderen Truppen (Special Forces) für verdeckte Operationen zur Durchsetzung von politischen und wirtschaftlichen Zielen unterhalb der Schwelle von Krieg niederschlagen.

ANMERKUNGEN

¹ Der UN-Bericht zur menschlichen Entwicklung von 1992 (United Nations Development Programm/UNDP: Human Development Report) schätzte, dass in der letzten Dekade des 20. Jahrhunderts zehn Billionen Dollar Friedensdividende verfügbar würden.

² Diese Wahrnehmung hat freilich die europäischen Kriege des 20. Jahrhunderts ausgeblendet, die von der Gleichzeitigkeit von Modernität und genozidärer Barbarei gekennzeichnet waren.

³ Eine deutsche Übersetzung der Studie von Francois Jean und Jean-Christophe Rufin ist 1999 unter dem Titel „Ökonomie der Bürgerkriege“ im Verlag Hamburger Edition erschienen.

⁴ Dieser Forschungsschwerpunkt wurde mit einer programmatischen Studie im vergangenen Jahr abgeschlossen. Vgl. World Bank: Breaking the Conflict Trap: Civil War and Development Policy. Washington, D.C. 2003.

⁵ Mats Beradt/David M. Malone (eds.): Greed and Grievance Economic Agendas in Civil Wars. Boulder and London 2000.

⁶ Mary Kaldor: Alte und neue Kriege. Organisierte Gewalt im Zeitalter der Globalisierung. Frankfurt am Main 1999.

⁷ Herfried Münkler: Die neuen Kriege. Reinbek bei Hamburg 2002.

⁸ Zahlen laut: United Nations Human Settlements Programme: The Challenge of Slums. Global Report on Human Settlements 2003. London 2003.

⁹ World Health Organization: World Report on Violence and Health. Geneva 2002.

¹⁰ Üblicherweise definiert als Auseinandersetzung um Territorium oder Regierungsgewalt zwischen bewaffneten Formationen, von denen eine Seite den Staat repräsentiert und bedingt durch Kampfhandlungen 1.000 Personen in einem Jahr umgekommen sind. Siehe: Stockholm International Peace Research Institut: SIPRI Yearbook 2004. Oxford University Press 2004, S. 144.

¹¹ The World Bank: Local Conflict in Indonesia: Incidents and Patterns. Social Development Notes, No. 19/July 2004.

¹² Die internationale humanitäre Industrie hatte freilich mit einem Exodus der Bevölkerung gerechnet und Flüchtlingslager in den Nachbarländern errichtet, die unbenutzt blieben.

¹³ Military Operations Other Than War (MOOTW).

UNSER AUTOR



Dr. Peter Lock, Studium der Soziologie und Volkswirtschaft, Auslands-tätigkeit in Lateinamerika, ab 1972 an der Forschungsstelle der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW), Forschung und Lehre an den

Universitäten Hamburg, Berlin und Kassel, Beratungstätigkeiten im Rahmen der Vereinten Nationen; derzeit Koordinator der European Association for Research on Transformation e.V. und freier Sozialwissenschaftler; Forschungs- und Arbeitsschwerpunkte: Militär und Gesellschaft, Rüstungsökonomie.

LITERATUR

Kurtenbach, Sabine/Lock, Peter (Hrsg.): Schattenglobalisierung, Kriegsökonomien und Inseln der Zivilität. Bonn 2004

Pugh, Michael/Cooper, Neil: War Economies in a Regional Context. Challenge of Transformation. Boulder, London 2004 (dort umfassender Nachweis der angelsächsischen Literatur zum Thema.)

Inhaltsverzeichnis

Die neuen Kriege

Herfried Münkler Die neuen Kriege	179
Volker Matthies Eine Welt voller neuer Kriege?	185
Peter Lock Ökonomie der neuen Kriege	191
Sven Chojnacki Gewaltakteure und Gewaltmärkte: Wandel der Kriegeformen?	197
Paul Rusmann Kindersoldaten	205
Catherine Götze Humanitäre Hilfe – Das Dilemma der Hilfsorganisationen	210
Peter I. Trummer Genozid: Lehren aus dem 20. Jahrhundert und Herausforderungen für das 21. Jahrhundert	217
Christian Büttner / Magdalena Kladzinski Krieg und Medien – Zwischen Information, Inszenierung und Zensur	223

Aus unserer Arbeit	229
Buchbesprechungen	230

Einzelbestellungen und Abonnements bei der
Landeszentrale (bitte schriftlich)

Impressum: Seite 229

Bitte geben Sie bei jedem Schriftwechsel
mit dem Verlag Ihre auf der Adresse aufgedruckte
Kunden-Nr. an.